

Rollenprofil (Szenario 2)

Spanien



Hauptstadt	Madrid
Sprache	Spanisch
Einwohner	46,5 Millionen
BIP pro Kopf	ca. 22.400€
Arbeitslosenquote	24,5%



Sie sind Vertreterin/Vertreter des Landes Spanien. Die spanische Wirtschaft ist im Vergleich zu anderen Ländern eher schwach. Das wird sich auch so schnell nicht ändern. Ihnen wird kein gutes Wirtschaftswachstum vorausgesagt. Aber immerhin: Ihre Wirtschaft wächst wieder. Das war in der Krise anders. Die Wirtschaftskrise hat auch Sie schwer getroffen. Auch die Arbeitslosenquote ist sehr hoch.

Spanien ist 1986 der Europäischen Union beigetreten. Sie fühlen sich europäisch. Die Wirtschaft in Spanien ist nach dem Beitritt stark gewachsen. Jetzt ist sie jedoch nicht sehr stark. Das macht Ihren wirtschaftlichen Einfluss kleiner. Gleichzeitig ist Spanien ein sehr großes Land. Dadurch haben Sie politisch viel Macht in Brüssel. In den letzten Jahren musste Ihnen die Union finanziell helfen. Das hat Sie gerettet, macht Sie aber abhängig. Besondere Beziehungen haben Sie zu Portugal.

Spanien steht der europäischen Integration grundsätzlich positiv gegenüber. Es hat für Spanien viele Vorteile, wenn die Union weiter wächst. In der Vergangenheit wurde viel Macht an die EU gegeben. Das finden Sie gut, es sollte aber nicht zu viel werden. Der Einfluss aus Brüssel ist zwar groß, aber nicht zu groß. Jedoch haben Sie durch die Schulden bei der EU, die Sie aufnehmen mussten viel Einfluss verloren. Besonders viel Angst haben Sie davor, dass Sie nicht mehr wichtig sind in der EU. Sie möchten Ihre Macht in der EU bewahren und wollen nicht, dass große Länder (Deutschland, Frankreich) oder neue Mitgliedsländer (Polen, Tschechien) zu stark werden.

In der Sprachenfrage ist Ihnen wichtig, dass alle 24 Amtssprachen weiterhin gleichberechtigt verwendet werden (Vorschlag 1). Keine Sprache soll wichtiger sein als eine andere. Die Europäische Union hat bewiesen, dass sie auch mit 24 verschiedenen Amtssprachen gut arbeiten kann. Dies soll auch so bleiben. Sie sind gegen die Vorschläge 2 und 3, die einige Amtssprachen bevorzugen. Sie sehen sich als gleichberechtigter Partner in der Europäischen Union. Das soll in der Sprachenfrage berücksichtigt werden.